Dr. Axel Friedrich

Freier Berater und langjähriger
Abteilungsleiter „Umwelt und
Verkehr“ beim Umweltbundesamt

© Axel Friedrich

Emissionsgesetze ohne Kontrolle

Die Emissionen von Pkw und Nutzfahrzeugen schaden uns Menschen so massiv, dass wir in Europa allein durch die Luftbelastung 430.000 vorzeitig Tote haben, in Deutschland 60.000. Ein Riesenproblem – das die Politik in den vergangenen Jahren massiv negiert hat. Natürlich verschärfte sich die Gesetzgebung: Bis Euro 6 sind die Grenzwerte immer weiter gesenkt worden. Warum aber hat sich die Emissionsbelastung, vor allem durch Stickstoffdioxid, trotzdem nicht verbessert? Die einzige plausible Erklärung dafür ist schon lange: Manipulation. Dass Grenzwerte in der Realität um den Faktor 10 bis 20 überschritten werden, ist nur möglich, wenn das Fahrzeug den Messzyklus identifiziert. Also Software erkennt, ob es auf einem Prüfstand fährt oder im Alltag genutzt wird. Das darf nicht sein! Denn Grenzwerte sind nicht für Prüfstände gemacht. Sondern dafür, dass Mensch und Umwelt besser vor Belastungen geschützt werden. Versäuerung und andere Folgen sind Schäden, die wir alle bezahlen müssen. Gesetzgebung ohne Kontrolle ist sinnlos. Wir brauchen eine Entkopplung der Zulassung von Fahrzeugen durch das Kraftfahrtbundesamt und deren Emissionskontrolle. Die muss eine Behörde mit Umweltkompetenz durchführen, in diesem Fall das Umweltbundesamt. Der Etat für dessen Prüfungen im realen Betrieb könnte durch eine zweckgebundene Gebühr von einem Euro pro zugelassenem Fahrzeug entstehen. Vor allem brauchen wir aber Transpa-

renz. So verfügt das Kraftfahrtbundesamt über Messdaten von Lkw im Straßenbetrieb, veröffentlicht diese aber nicht. Das sind Dinge, die ich nicht nachvollziehen kann. Denn damit hätten wir die Möglichkeit zu prüfen, ob Herstellerangaben richtig sind. Das Instrumentarium, um Grenzwerte im Labor zu überprüfen, ist bereits riesig – nun soll also noch ein Real-Driving-Emissions-Test kommen? Entscheidend ist doch, was auf der Straße rauskommt. Mir schwebt vor, dass ein Hersteller künftig nur noch eine Eigenerklärung abgibt und nachgeprüft wird, ob die Grenzwerte im realen Betrieb auch eingehalten werden. Wenn nicht, muss er empfindliche Strafen bekommen, damit er sich gesetzeskonform verhält. So wie es die kalifornische Umweltschutzbehörde CARB oder auch in den gesamten USA die EPA schon haben. Diese Praxis fehlt hier. Man muss politisch schon sehr naiv sein, um zu glauben, dass die Bundesregierung oder Politiker anderer Länder ihre Drohungen wahr machen und tatsächlich Millionen von Fahrzeugen die Betriebserlaubnis entziehen. Das Beispiel USA zeigt: Volkswagen kommen die Folgen des Versuchs, Geld zu sparen, nun sehr viel teurer zu stehen. Für alle Unternehmen, nicht nur die der Automobilbranche, muss gelten: Wer gesetzeswidrig handelt, bezahlt auf Dauer mehr. Wir brauchen eine andere Kultur, damit wir uns und unsere Umwelt schützen – und nicht mit massiven Emissionen belasten.